

Saale-Beitung.

Siebentundzwanzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spalte oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition von unseren Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen.

Ercheint zweimal täglich mit Ausnahme der Sonnt- und Feiertage.

[Der Nachdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Bezugspreis

Im Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimonatlicher Zustellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Befehlsgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.

Nr. 5382 des amtl. Zeit.-Verz.

[Fernsprechverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg u. a.]

Nr. 207.

Halle a. d. Saale, Donnerstag den 4. Mai

1893.

Militärvorlage und Reichstag.

SS Berlin, 3. Mai.

Ein Tag verfloßen seit dem Bekanntwerden der Spaltung der deutsch-freimüthigen Partei, und schon ist wieder der Sonnenstrahl verflüchtigt, den die Freunde einer Verständigung mit der Regierung zu erblenden glaubten.

In welcher Weise die Dinge im Schoße der Centrumsfraktion sich entwickelt haben, darüber benachrichtigen die Herren hartnäckiges Schwärmen. Ebenfalls sah man gestern Abend den Sturm voraus. Die Reichstagsfraktion wollte ganz unter sich sein und erwiderte die Mitglieder des „preussischen Centrums“ — die nur im Abgeordnetenhaus sitzen — sie, die Herren aus dem Reichstage, allein zu lassen.

Noch unmittelbar vor dem Beginne der heutigen Sitzung hatten die Herren Graf Ballestrem und Abg. Dr. Vöber eine augenblicklich sehr gereizte Auseinandersetzung im Saale selbst, erst beherrschend, Versprechungen Vöbers' — Vöber legte dabei die Hand aufs Herz — festig und mit geringfügiger Gebärde trat er dann zurück. Nun und wieder trat ein Abgeordneter auf Ballestrem zu, schüttelte ihm die Hand, erhielt aber auf die wahrheitsliebende Frage, ob sein Entschluß der Niederlegung des Vorgesessenen, fast immer nur Jutzen der Achseln zur Antwort.

Eine Entscheidung konnte der heutige Tag nicht bringen. Die Sitzung mußte wegen des um 4 Uhr angelegten Reichensbegünstigtes des Staatssekretärs Dumayer zeitig geschlossen werden, und so war die Sitzungsdauer von vorn herein eine sehr beschränkte. Aber hat der heutige Tag, an dem der Reichstag nahezu vollständig versammelt war, einen Einfluß ausgeübt auf die Entschlüsse der einzelnen Abgeordneten? Dazu könnte man es vermuthen nach der Aufnahme, welche die Rede des Reichstagsleiters fand, und welche in früherer Lebenszeit und bestimmter Klarheit des Tons und des Inhaltes schließlich einem nicht kleinen Eindruck nachste.

Antrag Huene annehmbar, erweckte bei der Linken ein recht kräftig ironisches Gelächter. Zwei Punkte traten als Kern der Ausführungen Capriotti's hervor: die Regierung nimmt den Antrag Huene an, wenn er eine Mehrheit im Hause findet — ohne Bewilligung der Vorlage oder aber des Antrages Huene keine zweifelhafte Dienstzeit!

Als Vöber v. Huene zu reden begann, um seinen Antrag zu begründen, verließen die Polen seiner Rede lebhaften Beifall. Morgen wird Abg. Bayer von der süddeutschen Volkspartei als Gegner der Vorlage und des Antrages Huene sprechen.

Deutsches Reich.

Berlin, 3. Mai. Der Kaiser und die Kaiserin sind heute vormittag 10 Uhr, von dem Großherzog, der Großherzogin und dem Erbprinzen nach dem Bahnhof begleitet, von Karlsruhe nach Berlin zurückgekehrt.

Aus Berlin, 3. Mai, schreibt man uns: Nach der gestern erfolgten Annahme der Selbstabgabevorlage in 2. Lesung erfolgte heute im Abgeordnetenhaus die Annahme in 3. Beratung. Der vom Herrenhaus eingeleitete Entwurf A'des über die Erweiterung von Städten wurde zur Vorbereitung einer Vierzweck-Kommission überwiesen.

Die Londoner „Daily News“ wolle an dem Untwege über Wien erfahren haben, der Papsi habe im Laufe der Unterredung mit dem deutschen Kaiser erklärt, es sei unrichtig, daß er die enge Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland begrünne, damit die Mächte den Dreißundwölfzig angreifen könnten. Der päpstliche Stuhl werde niemals ruhiger Zuschauer bleiben, wenn das katholische Oesterreich von Rußland genehmigt und vielleicht gezwungen werde, von Katholiken bewohnte Provinzen abzutreten.

Die zweite Lesung der Militärvorlage im Reichstage hat unter sehr frühen Aussichten begonnen. Die Möglichkeit, daß der Kompromißantrag v. Huene eine Mehrheit finden werde, ist fast völlig verschwunden. Angesichts der Ansichtlosigkeit für ein Kompromiß eine Mehrheit zustande zu bringen, soll, wie die „Politik. Korr.“ erzählt, auch die Wehrzahl der einer Verständigung geneigten Freimüthigen wieder „umgefallen“ sein; nur Herr Hinge soll noch entschlossen sein, für den Kompromißantrag zu stimmen.

Die „Tgl. Anst.“ nennt als diejenigen Parlamentarier, die mit dem Reichstagsleiter in persönliche Fühlung getreten sind — abgesehen von den Abg. Frhn. v. Huene und Hinge — noch die Herren Vöber, Kistner und Birchow.

Die „Nord. Allgem. Ztg.“ bespricht den vom Abg. Frhn. v. Huene zur Militärvorlage gestellten Antrag und bemerkt zum Schluß ihrer Betrachtung: „Alles in allem zeigt der Antrag des Frhn. v. Huene einen Sinn, eventuell gangbar für die verbündeten Regierungen, ganz gewiß aber gangbar für alle diejenigen Reichstagsmitglieder, welche sich selbst nicht von Vöber'schen leb gewordenen Grundgedanken und Anschauungen, der Sorge für die Sicherheit des Vaterlandes unter allen Umständen den ersten Platz einzunehmen in ihren Entschlüssen. Der Antrag Huene bedeutet in diesem Sinne nach jeder Richtung hin eine Verständigung in Ehren.“

Von einigen russischen Zeitungen wird berichtet, daß in nächster Zeit mehrere russische Kommissionen nach Berlin abgehen werden, um hier die direkten Verhandlungen wegen des deutsch-russischen Handelsvertrages zu führen

und event. zum Abschluß zu bringen. Es sollen Beamte des Ministeriums des Auswärtigen und der Finanzen mit diesem Auftrage betraut werden. Ferner wird mitgeteilt, daß der Vizedirektor im russischen Finanzministerium Timirjazew, welcher früher als einer der in August gemachten Unterhändler genannt wurde, dieser Tage der russischen Kommission eine Denkschrift vorgelegt habe, in der die Verhältnisse der russischen Handelsbeziehungen zu den deutschen Bundesstaaten ausführlich dargestellt ist.

Nach übereinstimmenden Meldungen der „Schles. Ztg.“ und des „Hamb. Korr.“ soll der neue deutsch-rumänische Handelsvertrag schon vor mehreren Wochen abgeschlossen worden, jedoch noch nicht zur Veröffentlichung gelangt sein, weil die Vertragsverhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rumänien sich wieder Erwärten verzögerten und das verabredete handelspolitische Zusammenwirken Deutschlands und Oesterreich-Ungarns sich auch auf die Veröffentlichung der neuen Verträge erstreckte.

Rumänien erhält die Meistbegünstigung und hat dagegen zu Gunsten Deutschlands Zollermäßigungen gewährt für seine Lebensmittel, Kunststoffe, eiserne Brantabreien und Eisenbahnmaterialien, zu Gunsten Oesterreich-Ungarns für Rumdolz. In letzterer Hinsicht bestehen noch formelle Schwierigkeiten. Ob Rumänien Berechtigungen für seine Durchfuhr an Fleisch durch Oesterreich-Ungarn erlangt, ist noch zweifelhaft. Auf den Abschluß einer Vortragskonvention wurde verzichtet, da die Verhandlungen von vornherein ausföhrlos erschienen. Eine Reihe wichtiger Sölle hat Rumänien gebunden, d. h. auf deren Erhöhung während der Dauer des Vertrages verzichtet. Die neuen Verträge mit Rumänien sollen bis Ende 1903, also über zehn Jahre in Kraft bleiben und mit den übrigen neuen mitteleuropäischen Verträgen gleichzeitig ablaufen.

Der größte und werthvollste Theil der früheren Aufzeichnungen Emin Paschas ist der „Tgl. Anst.“ zufolge, beim Generalkonvent in Aar-ess-Salaam wohl aufbewahrt und wird münchener nach Neisse abgeholt werden, so daß man annehmen kann, daß die Beobachtungen Emin's der Wissenschaft nicht verloren gehen. Ferria, die kleine Tochter Emin Paschas, soll von Bagdad, wo sie bisher in Pflege gegeben war, ebenfalls nach Deutschland übergeführt werden. Sie wird, wie schon gestern erwähnt, von Fräulein Melanie Schönlager, der Schwester Emin's, in Neisse aufgenommen und erzogen. Ein Zweifel an der im März v. J. erfolgten Ermordung Emin Paschas am Aturi ist kaum noch möglich.

Den Bestrebungen gegenüber, in die Vormundschaftsordnung eine Bestimmung einzubringen, wonach die Anlegung von Wä n d e l g e l d e r n durch auch in Sparfassenbüchern deutscher Kommunalparthien erfolgen kann, hat sich die preussische Justizverwaltung bisher ablehnend verhalten, weil sie der Ansicht ist, daß diese Frage eine für Deutschland einheitliche Regelung im Bürgerlichen Gesetzbuch erfahren soll. Es ist hieraus der Schluß gezogen, daß es vor dem Insultretreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs überhaupt unmöglich wäre, die Zulassung der dauernden Anlegung von Wandelgeldern in Sparfassen in Einzelfällen auf gerichtlichen Wege anerkennen zu lassen. Dem ist nicht so. Nach Ansicht der Justizverwaltung ist es nämlich sehr wünschentlich, daß in den Fällen, in denen ein Vormundschaftsrichter den Vorwand zur Neidungsmäßigung einer Sparfassenanlage lediglich wegen der Gesetzwidrigkeit derselben erheben sollte, das Kammergericht die betr. Sparfasse für legitimirt erachten werde, gegen eine bezügliche Anträge im Beweismittelwege vorzugehen.

Aus Afrika bringt der Telegraph die Nachricht, daß der Oberbefehlshaber von Senegal, Herr Eisenbarth, pöblich, aufsehend an einem Herzleiden, gestorben ist. Seit dem siebenjährigen Wehken der ostafrikanischen Plantagen-Gesellschaft ist dies der erste Fall, daß die Gesellschaft einen Beamten durch den Tod verlor. Herr Eisenbarth war jahrelang Zafabafanex in Sumatra und leitete in Gemeinschaft mit Herrn Bengels den Kautschuktransport von Singapore nach Zaaga. Eisenbarth galt als hervorragend tüchtiger Beamter. In seinem Nachfolger als Oberbefehlshaber ist Herr P e n g e l s ernannt worden.

Köln, 3. Mai. Zur Feier des 25jährigen Bischofs-Jubiläum's des Kardinals Krementz bringt die ganze Stadt in prachtvollem Flagenhensch. Zwölf Bischöfe, viele Aebte, Hunderte von Geistlichen, zahlreiche Abordnungen der ganzen Diöcese begleiteten in festlichem Zuge den Kardinal zum Dome, woelbst der Jubilar das Pontifikatam celebrirte. Bischof Korum hielt die Festpredigt. Die Vertreter der Stadt, der Provinz, des 6berhohen Adels und sämmtlicher Städte überbrachten Glückwünsche. Das Weiblich ist regnerisch, ineb der Fremdenzufuhr stark und die Beherbergung an der Feier allgemein.

Frankfurt a. M., 3. Mai. Die Stadtverordneten beschloßen in Abstimmung mit dem Magistrat, beim Abgeordnetenhaus wegen Beibehaltung der Reichssteuer vorstellig zu werden.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. In Budapest waren in Erwartung der Ankunft des Kaisers gestern bereits um 4 Uhr früh sämmtliche nach dem Bahnhof führende Straßen von einer großen Menschenmenge besetzt; die Häuser waren reich dekoriert. Auf dem Bahnhofe hatten sich der Ministerpräsident Dr. Wellek mit den übrigen Ministern, zahlreiche Abgeordnete ohne Unterchied der Parteistellung, darunter Graf Apponyi und Koloman Tisza, die Bischöfe, sowie Vertreter der Gemeinde und zahlreiche andere Persönlichkeiten eingefunden. Der Kaiser traf um 5 Uhr 40 Min. morgens ein und wurde



